Pressestelle Aktuell
- Papst Benedikt XVI.
- Termine für Journalisten
- Archiv
- Dokumentation
- Kirchliche Medien
- Kontakt
- Dossiers

„Leiharbeit führt zu neuem Proletariat“

Vorsitzender des Diözesanrates wendet sich gegen Missbrauch
„Leiharbeit darf nicht dazu benutzt werden, arbeitende Menschen zu erniedrigen“

München, 13. Januar 2010. Ein entschiedenes Vorgehen gegen den Missbrauch von Leiharbeit hat der Vorsitzende des Diözesanrates der Katholiken, Professor Alois Baumgartner, am Mittwoch, 13. Januar, in München gefordert. „Leiharbeit darf nicht dazu benutzt werden, arbeitende Menschen zu erniedrigen“, sagte der emeritierte Professor für christliche Sozialethik. Die derzeit öffentlich diskutierte Geschäftsstrategie der Firma Schlecker, die Stammbelegschaft systematisch in Leiharbeit zu drängen und so die Löhne zu drücken, sei kein Einzelfall. Immer mehr Unternehmen ersetzten regulär Beschäftigte durch Leiharbeiter.

„Leiharbeit fungiert nicht mehr nur als Personalpuffer und konjunktureller Notnagel, sondern mit Hilfe von Leiharbeit wird in einer wachsenden Zahl von Firmen eine flexible ‚Zweitbelegschaft’ aufgebaut“, so Baumgartner. Immer mehr Unternehmen gründeten auch selbst Leiharbeitsfirmen und nähmen die Dienste von diesen Tochterfirmen oder Servicegesellschaften in Anspruch. Überzählige Mitarbeiter würden in diesen Verleihagenturen „zwischengelagert“ und je nach Bedarf zu außertariflichen Konditionen in den Betrieb „zurückgeholt“. Auch bei der Telekom, bei der Deutschen Bahn und bei der Münchner Flughafen GmbH sei dies gängige Praxis. Baumgartner forderte, die Verdrängung von regulären Beschäftigungsverhältnissen und das Lohndumping durch Leiharbeit zu stoppen. Das Ziel von Politik und Wirtschaft müsse es sein, dass Vollerwerbsarbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Der Lohn müsse so hoch sein, dass er den Menschen zum Leben reiche und sie nicht auf zusätzliche staatliche Hilfen angewiesen seien.

„Der Missbrauch der Leiharbeit kann nur gestoppt werden, wenn die Deregulierung rückgängig gemacht wird“, sagte der Vorsitzende des Diözesanrates. Erst durch politische Entscheidungen der letzten Jahre sei dieser Missbrauch von Leiharbeit möglich geworden. Seitdem zum Beispiel die „Überlassungshöchstdauer“ entfallen ist, könnten Leiharbeiter zeitlich unbefristet im selben Betrieb eingesetzt werden. Diese Höchstdauer müsse wieder eingeführt werden. Auch der Gleichbehandlungsgrundsatz müsse endlich realisiert werden. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ müsse für Stammpersonal und Leiharbeiter ebenso gelten wie gleiche Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmerrechte und die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung.

„Als Christen ist es unser Auftrag, die Entwicklungen des Arbeitsmarktes darauf hin zu befragen, ob der Mensch sich durch die Arbeit verwirklichen kann oder durch die Bedingungen der Arbeit erniedrigt wird“, stellt Baumgartner fest. Es sei nicht hinnehmbar, dass eine Schicht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsteht, die mit geringen Löhnen und geringen Rechten zu einer arbeitsmarktpolitischen Verfügungsmasse werde. Dadurch entstehe innerhalb der Arbeitnehmerschaft so etwas wie ein neues Proletariat. (ua)